

Neudruck

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde

zum Thema:

Energiepolitik der Bundesregierung vernichtet Arbeitsplätze in Brandenburg

Begründung:

Das Energiekonzept der Bundesregierung und die willkürlich vorgenommene Kürzung der Einspeisevergütung für Solarstrom ist ein Deindustrialisierungskonzept für die Photovoltaikbranche. Nach der Insolvenz der Odersun AG hat nun First Solar angekündigt, sich aus Deutschland zurückzuziehen und den Standort in Frankfurt (Oder) zum Herbst diesen Jahres zu schließen. Diese Ankündigung ist ein schwerer Schlag für die gesamte Region Ostbrandenburg. In der Photovoltaikindustrie sind in Brandenburg direkt und indirekt insgesamt rund 10.000 Arbeitsplätze entstanden. Sie hat sich damit zu einer industrie- und strukturbestimmenden Branche in Brandenburg entwickelt.

Gleichzeitig steht die Zukunftsbranche Solarwirtschaft unter erheblichem wirtschaftlichen und finanziellen Druck. Es existieren weltweite Überkapazitäten insbesondere im asiatischen Raum, es gibt einen massiven Preisverfall, dramatische Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Subventionen insbesondere für chinesische Produzenten. Der Niedergang der Photovoltaikbranche in Deutschland ist aber auch der Untätigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung geschuldet. Darüber hinaus hat die jüngst beschlossene maßlose Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom der Branche in Deutschland jegliche Planungs- und Investitionssicherheit der Solarindustrie genommen und die Krise beschleunigt. Das passt mit allen Sonntagsreden zur dringend notwendigen Energiewende insbesondere auf Bundesebene hinten und vorne nicht zusammen. Bisher war das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der unerlässliche Garant für weitere Investitionen in den Photovoltaik-Strom und damit insgesamt für eine Energiewende in Deutschland. Noch zum Richtfest des 2. Werks von First Solar sprach die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Katherina Reiche (CDU), von einem Beleg für eine erfolgreiche Klimaschutz- und Wirtschaftspolitik und von attraktiven Rahmenbedingungen in Deutschland. Nicht mal ein Jahr später stehen die schönen Worte in einem ganz anderen Licht. 1.200 Beschäftigte bei First Solar werden wohl ihren Arbeitsplatz verlieren. Statt die Unternehmen sowie tausende Beschäftigte und ihre Familien mit dem Scherbenhaufen alleine zu lassen, besteht insbesondere bei der schwarz-gelben Bundesregierung dringender Handlungsbedarf, wenn es für die Solarbranche eine Zukunft in der Bundesrepublik, im Land Brandenburg sowie der Region Ostbrandenburg geben soll. Vor diesem Hintergrund soll die aktuelle Stunde dazu beitragen, darüber zu diskutieren, wie von Seiten der Landespolitik Hilfestellung für die angeschlagenen Solarunternehmen und den Beschäftigten gegeben werden kann.

Kerstin Kaiser
Fraktionsvorsitzende

Datum des Eingangs: 18.04.2012 / Ausgegeben: 18.04.2012